

Sitzungsniederschrift

5. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: Stadthalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 13.07.2022	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:33 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Behrends, Kuno	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU/FDP	
Bathmann, Harald	SPD	
Behrens, Sven	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzender CDU/Gruppenvorsitzender CDU/FDP
Biller, Anita	SPD	
Buschmann, Saskia	CDU/FDP	
Buss, Sarah	CDU/FDP	Fraktionsvorsitzende FDP
Emkes, Helmut	CDU/FDP	
Ennen, Jann	CDU/FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU/FDP	
Forster, Hans	SPD	
Gedes, Hilko	CDU/FDP	Stv. Landrat
Gossel, Arnold	CDU/FDP	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin
Harms, Erich	SPD	
Harms, Uwe	CDU/FDP	

Ihmels, Beate	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU/FDP	
Kleen, Johannes	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Krüger, Detlev	FW im LK Aurich	
Krüsmann, Enno	SPD	
Meinen, Olaf		Landrat
Meyerholz, Hans-Gerd	FW im LK Aurich	
Odens, Roelf	CDU/FDP	
Ott, Gunnar	GRÜNE	Fraktionsvorsitzender GRÜNE
Reinders, Hermann	CDU/FDP	
Reinken, Wilhelm	FW im LK Aurich	
Saathoff, Georg	SPD	
Schoone, Friede	SPD	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Siebels, Wiard	SPD	
Stange, Axel	SPD	
Stegemann, Regina	GRÜNE	
Stöhr, Uwe	SPD	
Tammen, Harald	CDU/FDP	
Tjaden, Hinrich	CDU/FDP	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Trauernicht, Matthias	FW im LK Aurich	
Ubben, Heinrich	FW im LK Aurich	
Ubben, Hilde	FW im LK Aurich	Gruppenvorsitzende FW im LK Aurich
Weilage, Udo	CDU/FDP	
Weiss, Edgar	FW im LK Aurich	
Wimberg, Theo	SPD	
Verwaltung		
Ahten, Eiko		Baudezernent
Jelden, Frauke		
Kleen, Holger		
Müller-Gummels, Rainer		

Puchert, Dr. Frank		Erster Kreisrat
Saathoff, Irene		
Schoone, Vera		
Smolinski, Sebastian		Kreisrat
Wessels, Laura		
Nicht anwesend:		
Mitglieder		
Buß, Insa	GRÜNE	
de Vries, Kevin	SPD	
Gerpen, Dorothea van	SPD	
Jacobsen, Alfred	SPD	
Looden, Jan	AfD	Fraktionsvorsitzender AfD
Saathoff, Johann	SPD	
Schiffmann, Fabian	SPD	
Seeberg, Timo	SPD	
Tyedmers, Johannes	AfD	
Wienbeuker, Johann	FW im LK Aurich	
Wittmer-Kruse, Olaf	GRÜNE	

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|--------|--|
| 1. | Eröffnung der öffentlichen Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Feststellung der Tagesordnung |
| 4. | Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 10.03.2022 |
| 5. | Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 31.03.2022 |
| 6. | Einwohnerfragestunde |
| 7. | Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege |
| 7.1. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Erhöhung der Aufwendungen für Tagespflegepersonen
Vorlage: X-AF/2022/014 |
| 7.2. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Erhöhung der Aufwendungen für Tagespflegepersonen
Vorlage: X-AF/2022/014/1 |
| 7.2.1. | Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Neufassung der Satzung der Kindertagespflege vom 13.06.2022 |



7.3.	Beschluss über die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege gem. §§ 23 u. 24 SGB VIII Vorlage: X/2022/079
8.	Einführung eines regionalen Jugend- und Auszubildendentickets im Landkreis Aurich Vorlage: X/2022/070
9.	Änderung der Richtlinie des Landkreises Aurich für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten vom 01.02.2007 Vorlage: X/2022/053
10.	Beteiligung am Projekt "Klima - Kunst - Kulturtourismus" im Rahmen der Allianz für Ostfriesland Vorlage: X/2022/067
11.	Honorarrichtlinien der KVHS Aurich-Norden Vorlage: X/2022/050
12.	Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebes Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden Vorlage: X/2022/059
13.	Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2021 Vorlage: X/2022/085
14.	Geschäftsbericht 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich; Beschlussfassung zur Schlussbilanz zum 31.12.2021 Vorlage: X/2022/087
15.	Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich; a) Kenntnisnahme und Erörterung, b) Erteilung der Entlastung Vorlage: X/2022/088
16.	Ergebnisverwendung des Bilanzgewinns 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich Vorlage: X/2022/089
17.	Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung, Satzungsänderung der "Team Telematikzentrum GmbH Norden" Vorlage: X/2022/082
17.1.	Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen zur Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung vom 24.06.2022
17.2.	Änderungsantrag der Gruppe CDU/FDP zur Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung vom 29.06.2022
18.	Benennung von beratenden Mitgliedern für die Wirtschaftsförderung Landkreis Aurich GmbH (WLA) Vorlage: X/2022/092
19.	Benennung von beratenden Mitgliedern für den Aufsichtsrat der Kreisbahn Aurich GmbH Vorlage: X/2022/083
20.	Besetzung der Gesellschafterversammlung der Ems-Achse Klimaschutz gGmbH Vorlage: X/2022/090
21.	Besetzung der Gremien des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) Vorlage: X/2022/091



-
22. Auflösung des Tourismusverbandes Nordsee e.V. und Übertragung der Aufgaben an die Tourismusagentur Nordsee GmbH (TANO)
Vorlage: X/2022/064
-
23. Neufassung der Verordnung über die Beförderungsentgelte und -bedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Landkreis Aurich
Vorlage: X/2022/103
-
24. Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: X/2022/060
-
25. Spende für den Landkreis Aurich oberhalb der Wertgrenze von 2.000,00 €
Vorlage: X/2022/042
-
26. Spende für den Landkreis Aurich oberhalb der Wertgrenze von 2.000,00 €
Vorlage: X/2022/080
-
27. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.03.2022; Landkreis Aurich als "sicherer Hafen" für geflüchtete Menschen
Vorlage: X-AF/2022/015
-
28. Antrag der Gruppe FW im Landkreis Aurich vom 28.03.2022; Darstellung der Kosten für die geplante Übernahme der Trägerschaft bei den Kindertagesstätten
Vorlage: X-AF/2022/017
-
29. Antrag Freie Wählergemeinschaft vom 20.04.2022; Unterkünfte für geflüchtete Ukrainer
Vorlage: X-AF/2022/020
-
30. Bekanntgabe von Eilentscheidungen im Kreistag am 13.07.2022
Vorlage: X-Eil/2022/008
-
31. Bericht des Landrates
-
- 31.1. Genehmigung des Kreishaushaltes 2022
-
- 31.2. Sachstand Coronapandemie
-
- 31.3. Anstieg der Energiepreise
-
32. Einwohnerfragestunde
-
33. Verschiedenes, Wünsche und Anregungen
-
34. Schließung der öffentlichen Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Behrends eröffnete um 15:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.



TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Behrends teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 7.1 *Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen; Erhöhung der Aufwendungen für Tagespflegepersonen (Vorlage: X-AF/2022/014)* seitens der Fraktion zurückgezogen werde und somit entfallen würde.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Tagesordnung wird in geänderter Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 10.03.2022

Die Niederschrift – öffentlicher Teil – vom 10.03.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 31.03.2022

Die Niederschrift – öffentlicher Teil – vom 31.03.2022 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 7 Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege



TOP 7.1 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Erhöhung der Aufwendungen für Tagespflegepersonen**
Vorlage: X-AF/2022/014

Der Antrag wurde seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen.

TOP 7.2 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen; Erhöhung der Aufwendungen für Tagespflegepersonen**
Vorlage: X-AF/2022/014/1

Abg. Albers erläuterte den Änderungsantrag (Tagesordnungspunkt 7.3), der allen Kreistagesmitgliedern und der Öffentlichkeit im Vorfeld der Kreistagssitzung schriftlich im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung gestellt wurde.

Abg. Kleen berichtete, dass sich der Kreistag sowie die betroffenen Ausschüsse bereits im vergangenen Jahr intensiv mit der Satzung zur Kindertagespflege befasst hätten. Nunmehr sei es möglich gewesen, einen Kompromiss zwischen allen Beteiligten und speziell dem Tagespflegepersonen zu finden. Er sehe keinen weiteren Handlungsbedarf zur Änderung des vorliegenden Satzungsentwurfs. Nach dem Beschluss der Satzung sei die Ausführung über die nächsten zwei Jahre zu beobachten und dann ggfls., wie es die Kreisverwaltung auch vorsehen würde, die Satzung zu evaluieren und nachzujustieren.

Abg. Tammen erklärte, dass die betroffene Satzung bereits im Jahr 2020 beschlossen worden sei und nun erneut thematisiert werden würde. Die Satzung würde eine Evaluation nach zwei Jahren vorsehen. Der vorliegende Satzungsentwurf sei seitens der Kreisverwaltung und der Abgeordneten intensiv ausgearbeitet worden. Viele Themen und Forderungen seien berücksichtigt und nachgebessert worden. Beispiel hierfür seien die zusätzlichen Qualifikationsstufen. Er machte deutlich, dass das Thema von einigen Fraktionen nicht erneut politisch ausgenutzt werden sollte. Zwar sei die Kostenfrage nicht abschließend geklärt worden, man werde die vorliegende Satzung jedoch mittragen.

Sodann fasste der Kreistag folgende Beschlüsse:

Beschluss:

Für Einmalzahlung für Mehraufwendungen wegen der Pandemie seit Beginn der Corona-Hygienebestimmungen und Sonderzahlungen an die Tagespflegepersonen, werden als Ausgleich für die stark angestiegenen Energiekosten als Sachkosten in Höhe von insgesamt 60.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 43 Enthaltungen: 0
 ➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 7.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Neufassung der Satzung der Kindertagespflege vom 13.06.2022**

Beschluss:

1. § 9 Abs 3 wird wie folgt geändert: Zu der in § 9 Abs 1 beschriebenen Förderleistung werden je Kind und Woche je 0,5 Std Förderleistung (ohne Sachkosten und Rücklagenbildung) für Verfügungszeiten an die Tagespflegeperson gezahlt.
2. Eingefügt wird § 9 Abs. 1a) Die Förderleistung erhöht sich jeweils analog der verhandelten Lohnsteigerung nach TVÖD-SUE
3. Eingefügt wird § 9 Abs. 1b) Die Sachkosten werden jährlich an die gestiegenen Verbraucherpreise und die Inflation angeglichen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 43 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 7.3 **Beschluss über die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege gem. §§ 23 u. 24 SGB VIII**
Vorlage: X/2022/079

Beschluss:

Die Neufassung der Satzung zur Kindertagespflege gem. §§ 23 und 24 SGB VIII wird zum 01.09.2022 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 8 **Einführung eines regionalen Jugend- und Auszubildendentickets im Landkreis Aurich**
Vorlage: X/2022/070

Abg. Seelgen erklärte, dass ihre Erwartungen nach der Antragsstellung zur Einführung eines Schüler- und Azubi-Tickets im März 2022 zunächst gedämmt worden seien, da die Kreisverwaltung signalisiert hätte, dass große Hürden zu nehmen seien und der zeitliche Aufwand enorm sei. Sie bedankte sich, dass die Thematik doch noch vor den Sommerferien 2022 in den politischen Gremien behandelt werde. Es sei ein wichtiger Schritt für die Nutzung des ÖPNVs. Daraufhin erläuterte **Abg. Seelgen** ihren Änderungsantrag, der allen Kreistagsmitgliedern sowie der Öffentlichkeit im Vorfeld der Kreistagssitzung über das Kreistagsinformationssystem schriftlich zur Verfügung gestellt wurde. Hierin beantragte sie, dass die Erziehungsberechtigten nicht anspruchsberechtigter Grundschüler/innen über die Schule einen formlosen Antrag für den Erhalt des kostenlosen Schüler- und Azubi-Tickets stellen könnten und dass das kreis-

eigene Schulamt den Schulen ein entsprechendes Formular zur Verfügung stellen würde.

Abg. Kleen erläuterte, dass die angesprochene Ungleichbehandlung einiger Grundschüler/innen auch für die SPD-Fraktion nicht nachvollziehbar sei. Sodann erweiterte er den Änderungsantrag von Abg. Seelgen um den Punkt, dass allen Schüler/innen der Klassen 1 bis 4 ebenfalls das Ticket kostenlos zur Verfügung gestellt werden würde. Es sei somit kein Antrag der Erziehungsberechtigten erforderlich.

Abg. Seelgen hinterfragte, ob die Grundschüler/innen folglich das Ticket wie alle anderen kostenlos erhalten würden oder sie lediglich kostenlos den Schulweg über den ÖPNV antreten könnten.

Diesbezüglich legte **Kreisrat Smolinski** dar, dass im Fachausschuss zunächst besprochen worden sei, dass das Ticket für Schüler/innen ab der 5. Klasse zur Verfügung gestellt werden würde. Die Aufnahme der Grundschüler/innen sollte zunächst geprüft werden. Daraufhin habe die Kreisverwaltung viele Daten von Verkehrsunternehmen, etc. sammeln können. Ferner würde sich die Ticketausgabe an Grundschüler/innen auf Grund von Förderungen kostenneutral verhalten. Ein unnötiger Formalismus sei zu vermeiden, insofern sollten alle Schüler/innen im Landkreis Aurich das Schüler- und Azubiticket kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen.

Abg. Seelgen begrüßte die Erweiterung ihres Änderungsantrages seitens der SPD-Fraktion.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss über die Einführung eines regionalen Schüler- und Azubi-Tickets unter Berücksichtigung der Änderungsanträge:

Beschluss:

1. Das Regionale Schüler- und Azubi-Ticket wird gemäß den Vorgaben des Landes im Landkreis Aurich zum Schuljahr 2022/2023 eingeführt.
2. Das Ticket wird allen Schüler/innen ab der 1. Klasse kostenlos zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen

TOP 9

Änderung der Richtlinie des Landkreises Aurich für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten vom 01.02.2007
Vorlage: X/2022/053

Beschluss:

Die 3. Änderung der Richtlinie des Landkreises Aurich vom 01.02.2007 für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen



TOP 10 **Beteiligung am Projekt "Klima - Kunst - Kulturtourismus" im Rahmen der Allianz für Ostfriesland**
Vorlage: X/2022/067

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, dass der Landkreis Aurich im Rahmen einer interkommunalen Kooperation mit den Landkreisen Leer und Wittmund sowie der kreisfreien Stadt Emden das Projekt „Klima - Kunst - Kulturtourismus“ bis zu einer Gesamthöhe von jährlich 39.812,14 Euro für die Dauer von 3 Jahren kofinanziert.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 11 **Honorarrichtlinien der KVHS Aurich-Norden**
Vorlage: X/2022/050

Beschluss:

Der Kreistag beschließt neue Honorarrichtlinien für Dozent*innentätigkeiten des Eigenbetriebes „KVHS Aurich-Norden“ mit Wirkung zum 01.09.2022.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 12 **Jahresabschluss 2020 des Eigenbetriebes Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden**
Vorlage: X/2022/059

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2020 der Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden wird festgestellt. Die Bilanz zum 31.12.2020 schließt auf der Aktivseite und Passivseite mit 19.061.727,04 € ausgeglichen ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Bilanzverlust in Höhe von 126.311,18 € ab.

Dem Landrat und der Betriebsleitung wird gemäß § 35 Eigenbetriebsverordnung für die Kreisvolkshochschulen Aurich-Norden für das Jahr 2020 Entlastung erteilt.

Der Bilanzverlust in Höhe von 126.311,18 € wird in Höhe von 120.000,-- € den Rücklagen entnommen und in Höhe von 6.311,18 € auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 13 **Pflege- und Betreuungszentren - Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich; Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2021**
Vorlage: X/2022/085

Beschluss:

Die Bilanz der Pflege- und Betreuungszentren -Vermögensverwaltung- des Landkreises Aurich zum 31.12.2021 wurde abgeschlossen in Aktiva und Passiva mit 20.433.156,28 € und für die „Frerich-Arends-Stiftung“ mit 807.710,54 €.

Das Jahresergebnis 2021 ist insgesamt ausgeglichen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ einstimmig beschlossen

TOP 14 **Geschäftsbericht 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich; Beschlussfassung zur Schlussbilanz zum 31.12.2021**
Vorlage: X/2022/087

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich wird festgestellt. Die Bilanz zum 31.12.2021 schließt auf der Aktivseite und Passivseite mit 25.957.575,15 € ausgeglichen ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 874.088,61 € und einem Bilanzgewinn in Höhe von 1.878.885,31 € ab.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4
➔ einstimmig beschlossen

TOP 15 **Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich; a) Kenntnisnahme und Erörterung, b) Erteilung der Entlastung**
Vorlage: X/2022/088

Abg. Stegemann kritisierte das seit Jahren anwachsende Defizit des Abfallwirtschaftsbetriebes. Dies würde die Inanspruchnahme dauerhafter Kassenkredite herbeiführen. Die aktuelle Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erörterung der Problematik sei zu spät.



Beschluss:

- a) Der Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes des Landkreises Aurich über die Prüfung des Jahresabschlusses 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich sowie der Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers wird zur Kenntnis genommen.
- b) Dem Betriebsleiter wird die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

- ⇒ Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 0
- ➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 16 Ergebnisverwendung des Bilanzgewinns 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich
Vorlage: X/2022/089

Beschluss:

Der Jahresabschluss 2021 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich (AWB) weist einen Bilanzgewinn von 1.878.885,31 € aus. Davon werden

- 739.404,84 € für die anteilige Tilgung der Verbindlichkeiten gegenüber der MKW GmbH & Co. KG (MKW) in Höhe von 5.639.894,32 € verwendet,
- 44.894,59 € in den Sonderposten für Gewinnrücklage für das Jahr 2022,
- 44.894,59 € in den Sonderposten für Gewinnrücklage für das Jahr 2023 und
- 1.049.691,29 € in den Sonderposten für die Gebührenrücklage für das Jahr 2024 eingestellt.

Abstimmungsergebnis:

- ⇒ Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 0
- ➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 17 Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung, Satzungsänderung der "Team Telematikzentrum GmbH Norden"
Vorlage: X/2022/082

Abg. Ott erläuterte den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Tagesordnungspunkt 17.1), der den Mitgliedern des Kreistages und der Öffentlichkeit im Vorfeld der Sitzung des Kreistages über das Kreistagsinformationssystem schriftlich zur Verfügung gestellt wurde. Dieser würde die Aufnahme des sozialen Wohnungsbaus im Zuge der geplanten Satzungsänderung zur Wirtschaftsförderung beinhalten.

Daraufhin erläuterte **Abg. Buss** den Änderungsantrag der CDU/FDP-Kreistagsgruppe (Tagesordnungspunkt 17.2), der ebenfalls im Vorfeld der Kreistagssitzung im Kreistagsinformationssystem zur Verfügung gestellt wurde. Inhalt dieses Antrages sei die Aufnahme der Förderung der Unterbringung von geflüchteten Menschen in der Satzung der Team Telematikzentrum GmbH (TMZ).



Abg. Kleen stellte dar, dass die Verhandlungsparteien das gleiche Ziel erreichen wollen würden, der Weg nur unterschiedlich bestritten werde. Die SPD-Fraktion habe bereits einen Arbeitskreis zum Thema sozialer Wohnungsbau errichtet. Die Landes- sowie Bundesverwaltung sei gewillt, die Lösung der Problematik künftig zu fördern. Er schlug vor, dass die Kreisverwaltung im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 ein Budget für die für den sozialen Wohnungsbau zuständigen kreisangehörigen Kommunen einrichten würde, um diese finanziell zu unterstützen.

Abg. Forster bekräftigte die Aussage von Abg. Kleen. Der Handlungsbedarf im Kreisgebiet sei hoch. Die Situation würde sich drastisch verändern. Nach der Flüchtlingswelle im Jahr 2015 seien nun die Geflüchteten aus der Ukraine betroffen. Es sollte eine überfraktionelle Arbeitsgruppe gegründet werden, um Lösungen zu erarbeiten. Ein Aufschub der Thematik sei nicht tragbar.

Abg. Ott erklärte, dass schnellstmöglich etwas passieren müsse. Man solle hierbei nicht auf die Handlungen des Landes sowie des Bundes warten. Er schlug vor, den betroffenen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen und zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln.

Diesbezüglich führte **Abg. Behrens** aus, dass der Tagesordnungspunkt nicht nur den sozialen Wohnungsbau thematisieren würde. Die herrschende Diskussion sei an dieser Stelle unpassend und sollte in einem eigenständigen Tagesordnungspunkt behandelt werden.

Landrat Meinen zeigte sich irritiert. Es sei nicht die erste Diskussion über den sozialen Wohnungsbau. Im Rahmen des aktuellen Beschlusses würde jedoch die Wirtschaftsförderung thematisiert werden. Die beantragte Nutzung von 75% der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel des Eigenbetriebes für den sozialen Wohnungsbau sei aufgrund weiterer Zahlungen für andere Projekte wie z. B. die Windenergieanlagen nicht realisierbar. Ferner sei die Kreisverwaltung Aurich grundsätzlich nicht zuständig für den Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Der künftige Umgang mit dem sozialen Wohnungsbau sollte mit den Fraktionen und Gruppen des Kreistages sowie der Verwaltung gemeinsam erörtert werden, sollte jedoch nicht Bestandteil der heutigen Diskussion sein.

Abg. Altmann erklärte, dass der soziale Wohnungsbau Teil der alten sowie neuen Satzung und keine neue Idee der Fraktion Bündnis90/Die Grünen sei. Vor Einreichung des Änderungsantrages sei das Vermögen der TMZ seitens der Fraktion durchgearbeitet worden und der Entschluss gefasst, dass 75 % der Haushaltsmittel aufgrund der weitreichenden Thematik dem sozialen Wohnungsbau zugeordnet werden sollten. Den Änderungsantrag der Kreistagsgruppe CDU/FDP würde sie nicht befürworten, da dieser einen Sozialneid auslösen könnte. Sie unterstütze die Anregung, die Entscheidung über den Tagesordnungspunkt auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, um das Thema zunächst weitgehender zu beleuchten.

Abg. Seelgen regte an, dass alle Aufgaben der TMZ Kernthemen des Wirtschaftsausschusses sein sollten. Mit den jetzigen Regelungen würde man zudem die Wohnungssuchenden in zwei Klassen aufteilen, dies sei nicht tragbar. Ferner sei es durch einen Kreistagsbeschluss möglich, die Kreisverwaltung mit der Thematik sozialer Wohnungsbau zu beauftragen, womit die Problematik der Zuständigkeiten geklärt werden würde.



Abg. Buss appellierte an eine verantwortliche Sozialpolitik. Mit der beantragten Ergänzung der Satzung sei es angestrebt, den geflüchteten Ukrainern eine Ausnahmeregelung zu schaffen, die es ermöglicht, weitere Hilfe zu leisten, da die bislang geltende Sozialhilfe nicht mehr greifen würde. Aufgrund der Aktualität der Thematik sei ein Handeln zeitlich nicht aufschiebbar. Die vorgeschlagene Änderung sei nicht die geeignetste Lösung, würde aber eine Unterstützung des Sozialgesetzbuches bewirken.

Vorsitzender Behrends unterbrach die Sitzung von 16:00 Uhr bis 16:10 Uhr.

Abg. Behrens stellte klar, dass die Thematik sozialer Wohnungsbau erörtert und überarbeitet werden solle, die beantragte Ergänzung zunächst jedoch die geflüchteten Ukrainer unterstützen solle. Er begrüßte den Vorschlag von Landrat Meinen, zusammen mit den Fraktionen und Gruppen den sozialen Wohnungsbau im Kreisgebiet zu analysieren.

Anschließend erfragte **Abg. Seelgen**, auf welcher rechtlichen Grundlage die bisherige Unterbringung der geflüchteten Ukrainer erfolgt sei.

Landrat Meinen antwortete, dass es hierzu Verpflichtungen im Aufnahmegesetz gegeben hätte.

Abg. Buss ergänzte, dass es eine Änderung der Eingruppierungen vom Status der Flüchtlinge zu Geflüchteten gegeben hätte und die betroffenen Ukrainer folglich aus der berechtigten Gruppe fallen würde.

Abg. Ott hinterfragte daraufhin, ob die bisherige Satzung rechtswidrig gewesen sei.

Landrat Meinen verneinte dies, es hätten jederzeit die gesetzlichen Grundlagen vorgelegen. Zudem informierte er dahingehend, dass er die Fraktionsvorsitzenden nach der Sommerpause zu einem Gespräch hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus im Landkreis Aurich einladen würde.

Sodann fasste der Kreistag folgende Beschlüsse:

Beschluss:

Der Kreistag beschließt vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Gesellschafterversammlung am 06.07.2022, die Satzungsänderung der „Team Telematikzentrum GmbH Norden“ mit der Ergänzung aus dem Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe vom 29.06.2022.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 0

➡ **mehrheitlich beschlossen**



TOP 17.1 Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen zur Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung vom 24.06.2022

Beschluss:

Die Satzungsänderung zur Wirtschaftsförderung wird um den sozialen Wohnungsbau erweitert und trägt den Titel „Förderung der Wirtschaft und des sozialen Wohnungsbaus“.
Das Budget soll mit 75% für den Wohnungsbau verwendet werden.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 41 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 17.2 Änderungsantrag der Gruppe CDU/FDP zur Neustrukturierung der Wirtschaftsförderung vom 29.06.2022

Beschluss:

§ 2 Ziff. 2 Punkt 8 der Satzung soll um folgenden Satz ergänzt werden:
Hier wird vorrangig die Förderung der Unterbringung von geflüchteten Menschen bezweckt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 43 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

**TOP 18 Benennung von beratenden Mitgliedern für die Wirtschaftsförderung Landkreis Aurich GmbH (WLA)
Vorlage: X/2022/092**

Die beratenden Mitglieder der AfD-Fraktion werden nachbenannt.

Beschluss:

Der Kreistag entsendet in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderung Landkreis Aurich GmbH (WLA) folgende beratende Mitglieder:

	Beratendes Mitglied	Stellv. beratendes Mitglied
GRÜNE	Gunnar Ott	Angelika Albers
AfD	NN	NN

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 19 **Benennung von beratenden Mitgliedern für den Aufsichtsrat der Kreisbahn Aurich GmbH**
Vorlage: X/2022/083

Die beratenden Mitglieder der AfD-Fraktion werden nachbenannt.

Beschluss:

Der Kreistag entsendet in den Aufsichtsrat der Kreisbahn Aurich GmbH folgende beratende Mitglieder:

	Beratendes Mitglied	Stellv. beratendes Mitglied
GRÜNE	Gila Altmann	Olaf Wittmer-Kruse
AfD	NN	NN

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ einstimmig beschlossen

TOP 20 **Besetzung der Gesellschafterversammlung der Ems-Achse Klimaschutz gGmbH**
Vorlage: X/2022/090

Beschluss:

Der Kreistag entsendet in die Gesellschafterversammlung der Ems-Achse Klimaschutz gGmbH als Mitglied Herrn Kreisrat Sebastian Smolinski und als Stellvertreter Herrn Holger Orlik.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ einstimmig beschlossen

TOP 21 **Besetzung der Gremien des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO)**
Vorlage: X/2022/091

Beschluss:

Der Kreistag entsendet in den Verbandsausschuss und in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) als Mitglied Herrn Jochen Berndt und als stellvertretendes Mitglied Herrn Daniel Meyer.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ einstimmig beschlossen



TOP 22 **Auflösung des Tourismusverbandes Nordsee e.V. und Übertragung der Aufgaben an die Tourismusagentur Nordsee GmbH (TANO)**
Vorlage: X/2022/064

Beschluss:

Die Vertreter*Innen der Mitgliederversammlung des Tourismusverbandes Nordsee e.V. werden beauftragt, die Abwicklung des Tourismusverbandes Nordsee e.V. sowie die Übertragung der Vereinsaufgaben an die Tourismusagentur Nordsee GmbH einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 4
 → **einstimmig beschlossen**

TOP 23 **Neufassung der Verordnung über die Beförderungsentgelte und -bedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Landkreis Aurich**
Vorlage: X/2022/103

Kreisrat Smolinski erläuterte, dass die Beschlussvorlage aus zeitlichen Gründen nicht im Fachausschuss thematisiert worden sei. Der Abstimmungsbedarf und die Anhörungsfristen hätten dies nicht ermöglicht. Es sei jedoch wünschenswert, den Kreistagsbeschluss vor der Sommerpause zu fassen. Die Taxiunternehmen hätten derzeit mit erheblichen Preissteigerungen zu kämpfen, dies sei beispielsweise auf Lohnsteigerungen und den Anstieg der Kraftstoffpreise zurückzuführen. Innerhalb der Neufassung der betroffenen Verordnung sei eine moderate Anhebung der Entgelte und Gebühren aufgenommen worden.

Abg. Ennen hinterfragte, warum es zu unterschiedlichen Erhöhungen auf dem Festland und den Inseln gekommen sei.

Kreisrat Smolinski antwortete, dass sich dies aufgrund der unterschiedlichen Beantwortung durch einen Dachverband sowie einzelnen Unternehmen ergeben hätte. Er werden die Thematik jedoch innerhalb der Verwaltung ansprechen.

Abschließend begrüßte **Abg. E. Harms**, dass der Zuschlag für Rollstuhlfahrer zwar diskutiert, jedoch schlussendlich nicht eingeführt worden sei. Damit hätte man sonst den beeinträchtigten Personen geschadet.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

Die Neufassung der Verordnung über Beförderungsentgelte und -bedingungen für den Gelegenheitsverkehr mit Taxen im Landkreis Aurich wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 → **einstimmig beschlossen**



TOP 24 **Entgegennahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen**
Vorlage: X/2022/060

Beschluss:

Der Kreistag überträgt dem Kreisausschuss auch weiterhin, über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen mit einem Wert von über 100 € bis zu höchstens 2.000 € zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 25 **Spende für den Landkreis Aurich oberhalb der Wertgrenze von 2.000,00 €**
Vorlage: X/2022/042

Beschluss:

Die Geldspende von der Firma KL Energy Projekt, Norden am 01.04.2022 von 10.000 € wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 26 **Spende für den Landkreis Aurich oberhalb der Wertgrenze von 2.000,00 €**
Vorlage: X/2022/080

Beschluss:

Die Geldspende von der Stiftung Marienheim für das Förderprogramm „Dabei sein“ von 20.000,00 € wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 48 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 27 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.03.2022; Landkreis Aurich als "sicherer Hafen" für geflüchtete Menschen**
Vorlage: X-AF/2022/015

Abg. Tammen erfragte, welches Ziel mit der Erklärung zum „sicheren Hafen“ erreicht werden solle. Hiermit würde man nicht ausschließlich ein Symbol setzen oder einen Titel erlangen, sondern konkreten Handlungen und Aussagen zustimmen, die äußerst



kritisch angesehen werden würden. Den festen Punkten könnte nicht in Gänze zugestimmt werden und eine Erklärung des Landkreises Aurich zum „sicheren Hafen“ sei nicht zielführend.

Abg. Forster stellte dar, dass der Landkreis Aurich bereits vor dem Beginn des Angriffskrieges Russlands in und gegen die Ukraine ein sicherer Zufluchtsort für geflüchtete Menschen gewesen und weiterhin sei. Beispielsweise würden viele Hilfsorganisationen unterstützt werden. Er erklärte zudem, dass es nach Außen kein gutes Signal wäre, wenn der vorliegende Antrag durch den Kreistag abgelehnt werden würde.

Abg. Albers betitelte die aktuelle Situation als peinlich. Der Antrag ihrer Fraktion wäre bereits lange Thema in den politischen Gremien. Zudem würden sich bereits viele Mitbürger/innen im Kreisgebiet für geflüchtete Menschen engagieren.

Daraufhin erklärte **Abg. Buss**, dass es für sie nicht dankbar sei, gegen den vorliegenden Antrag zu kommunizieren. Es würde nicht um die grundsätzliche Frage nach Hilfsangeboten gehen, sondern darum, mit der Erklärung des Landkrieses Aurich zum „sicheren Hafen“ und der damit verbundenen Zustimmung der inkludierten elf Unterpunkte kein verheerendes Signal abzugeben. Viele Kommunen seien bereits Teil der Initiative, jedoch würden nur wenige die betroffenen Unterpunkte umsetzen. Viele Forderungen seien hochgradig umstritten, wie z.B. die Entkriminalisierung von sogenannten Schleppern. Die politischen Entscheidungen müssten zum geltenden Recht passen und nicht lediglich eine Symbolpolitik darstellen. Dies bedeute auch, dass man als evtl. Mitglied der Initiative bereit sein müsse, die Unterpunkte tatsächlich umzusetzen.

Abschließend hinterfragte **Abg. Ott** die vorangegangene Diskussion im Fachausschuss und Kreisausschuss sowie die jetzige im Kreistag. Durch politische Entscheidungen sei es wichtig, dass Änderungen erfolgen würden. Es sei jedoch nicht der richtige Weg, jedes einzelne Wort auf die Goldwaage zu legen.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Beschluss:

- 1. Der Landkreis Aurich erklärt sich für geflüchtete Menschen zum „sicheren Hafen“ und unterstützt wie zahlreiche andere Kommunen die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen!“.**
- 2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung beauftragt.**

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 25 Nein-Stimmen: 22 Enthaltungen: 1
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 28 **Antrag der Gruppe FW im Landkreis Aurich vom 28.03.2022; Darstellung der Kosten für die geplante Übernahme der Trägerschaft bei den Kindertagesstätten**
Vorlage: X-AF/2022/017

Abg. Ubben erläuterte den Antrag der Gruppe Freie Wähler im Landkreis Aurich. Zudem ergänzte sie diesen um die Grundsatzentscheidung, dass die Trägerschaften der Kindertagesstätten bei den kreisangehörigen Kommunen verbleiben würden.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, dass sich die Kreisverwaltung mit den Einrichtungen der Kindertagesstätten über die vergangenen Monate befasst hätte. Er lobte die bemerkenswerte Transparenz der betroffenen Kommunen im Kreisgebiet hinsichtlich der erfragten Daten. Derzeit seien noch wenige Fragen abschließend zu klären. Die Mitarbeiter/innen des Amtes für Jugend und Soziales hätten sich bei der Datenanalyse auch mit den pädagogischen Konzepten der einzelnen Einrichtungen auseinandergesetzt. Die Bürgermeister/innen der kreisangehörigen Kommunen würden bei der morgigen Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten über den Sachstand informiert werden. Eine endgültige Entscheidung sei noch nicht gefallen. Eine heutige Grundsatzentscheidung sei nicht angezeigt, da das Thema zu komplex und wichtig sei.

Abg. Weiss führte aus, dass das bestehende System gut funktionieren würde und die Kreisverwaltung die Diskussion um die Thematik in Gang gebracht hätte. Die betroffenen Kommunen würden den finanziellen Rahmen nicht leisten können und seien daher auf die Unterstützung der Kreisverwaltung angewiesen.

Daraufhin stellte **Abg. Behrens** dar, dass die heutige Sitzung des Kreistages keine Entscheidung über dieses Thema bringen würde. Die Darstellung der Zahlen und Fakten zu den unterschiedlichen Einrichtungen seien zunächst abzuwarten. Nachfolgend stellte **Abg. Behrens** einen Antrag zur Geschäftsordnung des Kreistages mit dem Ziel der Nichtbefassung.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss hinsichtlich des Antrages zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung mit dem betroffenen Antrag:

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 0

➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 29 **Antrag Freie Wählergemeinschaft vom 20.04.2022; Unterkünfte für geflüchtete Ukrainer**
Vorlage: X-AF/2022/020

Abg. Krüger erläuterte den Antrag der Gruppe Freie Wähler im Landkreis Aurich.

Landrat Meinen erklärte, dass bezüglich der Thematik abschließend im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Integration berichtet worden sei. Es seien keine Mietverträge mit dem Immobilienvermieter aus dem Brookmerland für die Unterbringung von geflüchteten Menschen seitens des Landkreises Aurich geschlossen worden.

TOP 30 **Bekanntgabe von Eilentscheidungen im Kreistag am 13.07.2022**
Vorlage: X-Eil/2022/008

Die Eilentscheidung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 31 **Bericht des Landrates**

TOP 31.1 **Genehmigung des Kreishaushaltes 2022**

Landrat Meinen berichtet, dass die Genehmigung des Haushaltsplanes für das Jahr 2022 des Landkreises Aurich seitens der Landesverwaltung Niedersachsen ohne Einschränkungen erteilt worden sei. Auch dem dazugehörigen Stellenplan wurde hierdurch zugestimmt.

TOP 31.2 **Sachstand Coronapandemie**

Landrat Meinen erklärte, dass die Zahlen der an Corona Erkrankten im Landkreis Aurich weiterhin ansteigen würden. Im Auricher Ortsteil Schirum sei in der vergangenen Woche ein Impfzentrum in Betrieb genommen worden. Die Anzahl der Impfungen würde derzeit zunehmen.

TOP 31.3 **Anstieg der Energiepreise**

Hinsichtlich der steigenden Energiepreise stellte **Landrat Meinen** fest, dass die Thematik allgegenwärtig sei und in der Bevölkerung viele Ängste hervorrufen würde. Die künftige Entwicklung sei derzeit unklar. Im Rahmen der geltenden Gesetze seien Ansprüche wie beispielsweise der Erhalt von Wohngeld zu prüfen.

TOP 32 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 33 **Verschiedenes, Wünsche und Anregungen**

Abg. Buschmann erklärte, dass die für Menschen gesundheitsgefährdende Raupe des Eichen-Prozessionsspinner in den nächsten Jahren ein erhebliches Thema werden würde und erfragte, inwieweit die Kreisverwaltung hierauf vorbereitet sei.

Baudezernent Ahten führte aus, dass es sich um einen wärmeliebenden Schädling handeln würde, der sich aufgrund des Klimawandels auch in den norddeutschen Gebieten ausbreiten würde. Im Landkreis Aurich habe es in der Vergangenheit bereits Verdachtsfälle gegeben, die sich aber allesamt nicht bestätigt hätten. Die Kreisverwaltung habe sich daher bereits mit dieser Thematik beschäftigt. Seitens der Landesverwaltung Niedersachsen sei ein Leitfaden herausgegeben worden, welcher Bekämpfungsmöglichkeiten beschreibt und abhängig von der Umgebung der Befallsgebiete auch Bekämpfungsstrategien empfiehlt

Abg. Altmann stellte anhand des Koalitionsvertrages der Niederlande aus dem Jahr 2021 dar, dass verankert sei, dass die Kernenergie zur Erzeugung von Strom genutzt werden könnte. Bereits im Jahr 2020 habe es eine Planung zur Errichtung eines Atomkraftwerkes in Eemshaven gegeben. Demgegenüber hätte die Stadt Emden bereits eine Resolution verfasst und der Niedersächsische Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz Lies hätte sich ebenfalls dagegen ausgesprochen. Sie erfragte die geplanten Handlungen des Landkreises Aurich.

Diesbezüglich erläuterte **Landrat Meinen**, dass in der Vergangenheit keine konkreten Pläne der Niederlande zur Errichtung eines Atomkraftwerkes in Eemshaven bekannt gewesen seien, nur Überlegungen vorlagen. Ihm sei keine Veränderung der Situation bekannt.

Abg. Siebels bestätigte den nicht veränderten Kenntnisstand und bat an, dass Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz zu fragen.

Abg. Weiss berichtete, dass der Presse zu entnehmen gewesen sei, dass die Kreisverwaltung einen dritten Katastrophenstab zur Bewältigung der Energiekrise eingerichtet hätte. Er hinterfragte, ob es dem Landkreis Aurich aufgrund seiner Mitgliedschaft im Ems-Weser-Elbe Versorgungs- und Entsorgungsverband (EWE) möglich sei, mehr Informationen hinsichtlich der zukünftigen Energieversorgung zu erhalten.

Kreisrat Smolinski informierte über die derzeitige Einrichtung des zusätzlichen Katastrophenstabes. Es seien viele Ideen besprochen worden, welche Möglichkeiten zur Energieeinsparung genutzt werden könnten. Es sei wichtig, die kritischen Infrastrukturen zu schützen.

TOP 34 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Behrends schloss um 17:23 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Meinen

Landrat

gez. Behrends

Vorsitzender

gez. Wessels

Protokollführerin